

Antrag Nr.

## **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD / CDU / Grüne im Rat der Stadt Essen**

24.09.2019

Herrn Oberbürgermeister  
Thomas Kufen

---

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Sitzungstermin</b>	<b>Zuständigkeiten</b>
Rat der Stadt Essen	25.09.2019	Entscheidung

### **TOP Konzept zur Ertüchtigung der Dachflächen auf Gebäuden der Stadt Essen durch die Installation von Solaranlagen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen beantragen, der Rat der Stadt Essen beschließt:

- 1. Die Verwaltung möge aus vorhandenen und noch verfügbar zu machenden Quellen, ein Kataster über sämtliche Dachflächen der Stadt sowie ihrer mehrheitlichen Beteiligungsunternehmen entwickeln. Dabei sind die Daten des Solardachkatasters des Regionalverbandes Ruhr, statische oder baurechtliche Einschränkungen sowie Vorgaben des Denkmalschutzes zu berücksichtigen. Ein solches Kataster soll den Grad der Eignung jeder einzelnen Dachfläche für die Energieerzeugung aus Solaranlagen darstellen und weitere Angaben zur wirtschaftlichen Bewertung in diesem Sinne enthalten.**
- 2. Vor diesem Hintergrund wird die angekündigte Photovoltaik (PV)-Initiative der Stadtwerke Essen AG ausdrücklich begrüßt und die Verwaltung aufgefordert, sich ergebende Möglichkeiten zur Erzeugung erneuerbarer Energie schnellstmöglich zu nutzen.**
- 3. Die Stadt Essen unterstützt ihre Beteiligungsunternehmen dabei, zur Erreichung der CO<sub>2</sub>-Minderungsziele beizutragen und insbesondere auch sektorenübergreifend gemeinschaftlich tätig zu werden.**
- 4. Mieterstrommodelle sind in Zusammenarbeit mit den Essener Stadtwerken sowie der Allbau GmbH zu prüfen, damit auch Mieterinnen und Mieter an der Erzeugung von regenerativem Strom partizipieren können.**
- 5. Möglichkeiten, Fördermittel von Land, Bund sowie Europäischer Union zu generieren sind dabei umfassend zu nutzen.**

Begründung:

Als Grüne Hauptstadt Europas verfolgt die Stadt Essen anspruchsvolle CO<sub>2</sub>-Minderungsziele. Dabei sind die Möglichkeiten der Gewinnung regenerativer Energie zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Fußabdrucks erst ansatzweise genutzt. Während in weiten Teilen des Stadtgebiets Windenergieanlagen nach gegenwärtigem Stand nicht genehmigungsfähig sind, kommt der Solarenergie (PV und Solarthermie) umso größere Bedeutung zu.

Aus flächendeckenden Überfliegungen des gesamten Stadtgebietes verfügen die Stadt und der Regionalverband Ruhr (RVR) über umfangreiches Datenmaterial hinsichtlich der Eignung von Dachflächen für eine Energieerzeugung aus Sonneneinstrahlung. Hieraus und ggf. zusätzlich hinzuziehenden Quellen lässt sich das für den Stadtkonzern unmittelbar verfügbare Potential bestimmen und in der Folge nutzen.

Die Ausweitung auf die städtischen Beteiligungen hat nicht nur wegen der damit erheblich größeren Zahl potentieller Objekte hohe Relevanz, sondern auch wegen der in den unterschiedlichen dort betriebenen Tätigkeitsfeldern (insbesondere die Sektoren Strom, Wärme und Verkehr betreffend) liegenden Potentiale. So ergibt sich aus der gemeinsam von Stadtwerke Essen AG (SWE) und Ruhrbahn GmbH initiierten Idee einer Wasserstofftankstelle gleichermaßen die Chance auf örtliche CO<sub>2</sub>-Vermeidung durch Wasserstoffbusse wie darauf, eine Vorreiterstellung zu übernehmen, die eine Praxistauglichkeit auch für andere Kommunen nachweisen kann. Ebenso könnte aus einer Zusammenarbeit von Allbau GmbH und SWE das Solarenergiepotential erheblich erweitert und zudem auch Mietern zugänglich gemacht werden, sobald die noch bestehenden wirtschaftlichen Hemmnisse beim Mieterstrom gesetzgeberisch beseitigt wurden. Ganz konkret erscheint die aktuell angekündigte PV-Initiative der SWE sehr gut geeignet, dem Ausbau der Solarenergie gerade auf städtischen Flächen neue Dynamik zu verschaffen. Solche Möglichkeiten sind konzernweit intensiv zu nutzen.

Vielfach werden dahingehende Umstellungen zunächst finanziellen Aufwand bedeuten, der im Lichte des eigenen Beitrags zum Klimaschutz zu betrachten ist. Als Stadt, die sich weiterhin in Haushaltsnotlage befindet, müssen wir dabei Möglichkeiten der Förderung durch öffentliche Mittel umfassend nutzen.

Mit freundlichen Grüßen

Ingo Vogel

Jörg Uhlenbruch

Hiltrud Schmutzler-Jäger